

2 Methodik und Einordnung der Studie

*“Those who have knowledge don’t predict.
Those who predict, don’t have knowledge”*

Lao Tzu, Chinesischer Philosoph im 6. Jh. vor. Chr.

Die vorliegende Studie widmet sich anhand konkreter Fallbeispiele bewusst einem Themenfeld, das aufgrund seiner großen Aktualität bislang erst in Ansätzen wissenschaftlich bearbeitet wurde. So liegen zwar für die Kreislaufwirtschaft auf der einen sowie zum Bereich der Nachhaltigkeitsforschung auf der anderen Seite bereits eine Vielzahl an Publikationen vor. Der Bezug dieser Themen auf die Informations- und Kommunikationstechnikbranche ist hingegen erst in Ansätzen zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass die in der Untersuchung betrachteten umweltpolitischen Instrumente wie die EU-Richtlinien zu Altgeräten und Stoffverboten erst im Jahr 2003 erlassen und bis 2005 in nationales Recht umgesetzt wurden. Vor diesem Hintergrund existiert allein aus zeitlichen Gründen bisher nur wenig spezielle Literatur zu dieser Thematik.

Der engere Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie beginnt Anfang 2003 mit der Verabschiedung der europäischen Richtlinien und endet zum Jahreswechsel 2006/2007, wobei ein weiter gefasster Zeitraum auch die empirischen Untersuchungen zu Daten aus dem Jahr 1999 mit einschließt. Zu vermerken ist an dieser Stelle, dass knapp vor Ablauf des ersten Jahres der operativen Rücknahme von Elektroaltgeräten in Deutschland (April 2007) noch keine empirischen Daten zu diesen Stoffströmen vorlagen. Aufgrund der Aktualität der Untersuchung und der umfangreichen Inhalte wurde die Datenerfassung und Analyse dennoch Ende 2006 beendet.

Mit der vorliegenden Arbeit soll die Frage, inwiefern umweltpolitisch initiiertes Stoffstrommanagement als Grundlage für zukunftsfähiges Wirtschaften in der ITK-Branche fungieren kann, erstmals in einem breiteren Zusammenhang wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Die Arbeit lehnt sich damit an eine ähnliche Vorgehensweise wie Flatz (1995) an, indem sie theoretisch-konzeptionelle sowie juristische und logistische Überlegungen mit den Erfahrungen konkreter Akteure in Politik, Unternehmen und Verbänden zu stoffstromorientierten, abfallwirtschaftlichen Zusammenhängen verbindet.

Wie einleitend angedeutet, wird die Studie gleichermaßen auf die Findung und Formulierung der gesetzlichen Grundlagen und politischen Prozesse wie auf die empirische Analyse von Stoffströmen eingehen. Sie folgt damit der Zielsetzung einer

angewandten wissenschaftlichen Analyse, die die Diskussion der vorgestellten Ansätze und deren mögliche Übertragung in andere Politikfelder und Branchen initiieren soll⁶.

Literaturverweise sind zur besseren Lesbarkeit der Untersuchung in Fußnoten angedeutet. Dort finden sich außerdem zahlreiche Verweise auf weiterführende Publikationen oder konkrete Beispiele zum jeweiligen Themenbezug. Zahlreiche Prozessbilder und die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen sind parallel zum Text in Abbildungen oder Tabellen dargestellt. Im Anschluss an ein umfangreiches Literaturkapitel wurde ein für die vorliegende Studie angefertigtes Glossar eingefügt, das dem Leser für branchenspezifische Informationen zur Verfügung steht.

Es ist an dieser Stelle vorzuschicken, dass sich die vorliegende Studie nicht im normativen Sinne mit „Verantwortung“ oder „Nachhaltigkeit“ auseinandersetzen kann. Vielmehr wird Verantwortung an dieser Stelle im Sprachgebrauch der Unternehmen und Verbände genutzt und bezeichnet somit einen Teil der Unternehmenskultur. In diesem Sinne handelt eine Unternehmung bzw. eine Branche dann verantwortungsbewusst, wenn sie nicht nur gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards einhält, sondern sich darüber hinaus in besonderem Maße engagiert – sei es durch den Einsatz innovativer Prozesse für Ressourcen- und Energieeffizienz, im medialen Umweltschutz oder im Bereich der „Aufklärungsarbeit“ und Kommunikation, sei es in Stakeholderdialogen oder in Umwelt- bzw. Sozialinitiativen.

Zu trennen von dieser inhaltlichen „Verantwortung“ als „guter Bürger“ im Sinne festgeschriebener „Codizes“ für Unternehmenskultur bzw. Leitbilder ist die reine Philantropie. So mag sich unternehmerische Verantwortung zwar unter anderem auch über Spenden für karitative Organisationen, Sportvereine oder Bildungsprojekte äußern, ein reines „Freikaufen“ wie es von Sywottek kritisch diskutiert wird⁷, soll hier aber im Gegensatz zu einer internalisierten Betrachtungsweise für verantwortungsbewusste Prozesse und eine entsprechende Produktgestaltung nicht unter den Begriff „Verantwortung“ erfasst werden.

Die vorliegende Studie verwendet neben dem Begriff der „Nachhaltigkeit“ den Begriff der „Zukunftsfähigkeit“ weitgehend analog. Dieses geschieht vor zweierlei Hintergrund. Zum einen wird die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland und Europa mit einem starken Fokus auf ökologische Themen geführt. So zentriert sich beispielsweise die Debatte um die Fortschreibung der „Strategy on Sustainable Development“ der Europäischen Union – wie auch die Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung – häufig sehr

⁶ Ohne wissenschaftliche Ansprüche zu vernachlässigen, soll großer Wert auf eine leichte Verständlichkeit der vorliegenden Studie gelegt werden. Diese erscheint notwendig, um neben Experten der wissenschaftlichen Disziplinen auch Fachleute in Unternehmen, Verbänden und Politik zu erreichen und die Inhalte, Ergebnisse und Lösungsansätze der umfassenden Untersuchung somit einem möglichst breiten Kreis zur Verfügung zu stellen.

⁷ Sywottek 2004.

stark auf das Thema Klimaschutz. Auch zahlreiche Diskussionen des deutschen „Rates für Nachhaltige Entwicklung“ deuten auf eine weitgehende Gleichsetzung der Ziele der Klimaschutzpolitik mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung hin, wie sie schließlich in der öffentlichen Debatte zunehmend abgebildet wird. Dieser vornehmlich umweltorientierte Blickwinkel greift in der vorliegenden Studie zu kurz. Hier soll eine relative Gleichgewichtung der beiden „Nachhaltigkeitssäulen“ Umwelt und Wirtschaft abgebildet bzw. die Frage diskutiert werden, wie umweltpolitische Initiativen dazu beitragen können, Ziele von Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen.

Da dieses Zusammenwirken am konkreten Beispiel einer Hochtechnologie-Branche wie der ITK-Industrie vollzogen werden soll, würde der Blick auf rein umweltpolitische Ziele – gleichsam als notwendige, nicht aber als hinreichende Bedingung – zu kurz greifen. Im Sinne der Arbeit handeln solche Unternehmen zukunftsfähig, die ihre (künftigen) Prozesse und Produkte so gestalten, dass sie mit diesen eine nachhaltige (dauerhafte) Wettbewerbsfähigkeit ihrer eigenen Unternehmung gewährleisten können und gleichzeitig die gesellschaftliche Nachhaltigkeit befördern. Die Verschmelzung der ökonomischen und ökologischen Säule im Einklang mit künftigen technologischen Trends soll somit mit dem Begriff der Zukunftsfähigkeit bezeichnet werden.

Wie in (zu) vielen Publikationen kommt auch an dieser Stelle die Betrachtung der „sozialen Säule“ zu kurz. Dieses ist insbesondere vor dem Hintergrund bedauerlich, dass ITK-Produkte und -Dienstleistungen erhebliche Chancen und Herausforderungen für gesellschaftliche Aspekte haben – Stichworte wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf („work-life-balance“), Mobiles Arbeiten, Mobile Erreichbarkeit oder Digital Divide sollen hier stellvertretend für eine Vielzahl weiterer relevanter Themen genannt werden. Die soziale Komponente der Diskussion um Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit in der bzw. durch die ITK-Wirtschaft kann aus Sicht des Autors daher kaum überbewertet werden. Dennoch kann eine detaillierte wissenschaftliche Betrachtung der gesellschaftlichen Komponenten an dieser Stelle nicht erfolgen, da diese den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde. Gesellschaftliche Fragen werden daher zwar an den besonders relevanten Stellen angesprochen, eine Schwerpunktsetzung hierzu erfolgt indes nicht. Vielmehr wird in der vorliegenden Untersuchung bewusst auf die Rolle der Umweltpolitik als Anstoß für zukunftsfähiges Wirtschaften, demnach auf die beiden genannten Säulen Ökologie und Ökonomie fokussiert.

Als weiterer Grund für die Verwendung des Zukunftsfähigkeitsbegriffs neben dem Nachhaltigkeitsbegriff muss angeführt werden, dass letzterer in der öffentlichen Debatte mittlerweile bereits stark überdehnt ist⁸. Vergleichbar mit anderen grundlegend positiv besetzten Begriffen wie beispielsweise „Innovation“, existiert für nachhaltige Entwicklung – mehr noch für Nachhaltigkeit als „Status-Begriff“ – kein allgemein anerkannter „Content“. Die Frage, wofür Nachhaltigkeit in der Wirtschaft genau steht, ist nach wie vor

⁸ Vgl. auch Kap. 8.2.

Anlass umfangreicher Debatten. Während dieser Mangel durch eine vorangestellte Definition ggf. hätte geheilt werden können, stellt die Beliebigkeit, mit der Nachhaltigkeit in der öffentlichen Debatte verwendet wird, ein im Rahmen dieser Studie kaum lösbares Problem dar. Die überhäufte Platzierung in „Sonntagsreden“ und Unternehmensdarstellungen, der häufig unreflektierte Gebrauch im Sinne der „Dauerhaftigkeit“ sowie das (noch häufig) vergleichsweise geringe Ansehen von nachhaltigkeitsorientierten Aktivitäten in Unternehmen hat schließlich den Ausschlag dafür gegeben, in der vorliegenden Arbeit den Begriff der Zukunftsfähigkeit analog zu verwenden.